



Der evangelische Kirchenbezirk Konstanz blickt mit Sorge auf die Initiative der sog. „Querdenker“-Bewegung, die für den 4. Oktober 2020 zu einer Demonstration am Bodensee aufgerufen hat.

Als evangelische Christ*innen gehört es zu unserem Selbstverständnis ggf. quer zu denken und gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen kritisch daraufhin zu befragen ob sie den Menschen dienen oder nicht. Wir sind in Sorge darum, dass unsere Gesellschaft weiter gespalten wird und im Rahmen der geplanten Veranstaltung einseitig nur die Interessen einer Menschengruppe vertreten werden – derer nämlich, die Corona für ungefährlich und die momentan verordneten Vorsichtsmaßnahmen für überflüssig halten.

Wir setzen uns als evangelischer Kirchenbezirk in vielfacher Weise für eine Gesellschaft ein, in der die Bedürfnisse der Schwächsten berücksichtigt werden, ohne einzelne gesellschaftliche Gruppierungen zu diskriminieren. Die Situation erfordert auch und gerade im Horizont weltweiter Notlagen Rücksicht und Vernunft und keine egoistische Selbstdarstellung.

Wir befürchten außerdem, dass die Bewegung, die sich auch hier am Bodensee formieren möchte, die nötige Distanz zu Verschwörungstheorien vermissen lässt; zu Verschwörungstheorien, die sich antijüdisch äußern und dem Antisemitismus Vorschub leisten und die sich öffentlich mit Gruppen sehen lässt, die rechtsextremistische Haltungen vertreten. Für Christ*innen ist diese Haltung ebenso abzulehnen wie die pauschale Verunglimpfung von Menschen, die politische Entscheidungen getroffen und zu verantworten haben. Wir sind als evangelische Christ*innen dankbar dafür, dass wir in einem demokratischen Rechtsstaat leben. Wir nehmen wahr, dass im Verlauf der Pandemie in der Verantwortung für das Allgemeinwohl einzelne Grundrechte zeitweise anderen Grundrechten untergeordnet wurden. Wir nehmen allerdings auch wahr, dass die politisch Verantwortlichen sich darum bemühen, aus der Not geborene Entscheidungen zu überprüfen und unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse rückgängig zu machen. Im Rückgriff auf die biblische Botschaft „der Stadt Bestes zu suchen“ (Jer 29,7) erinnern wir die politisch Verantwortlichen an diese Pflicht.

Wir wünschen uns, dass sich alle Konstanzer*innen aktiv für Meinungsvielfalt und für ein Miteinander in Stadt und Region einsetzen und sich für demokratische Rechtstaatlichkeit aussprechen. Wir erwarten, dass sich alle – ob mit oder ohne politisches Mandat – gegen jegliche Form von Rassismus und Antisemitismus zur Wehr setzen.

Schuldekan Pfarrer Martin Lilje

Konstanz, im September 2020